

### „Urban living“ – Ergebnisse des Werkstatt-Verfahrens aus Gender- und Diversity-Perspektive

Der Frauenbeirat der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat das Werkstattverfahren „Urban living“ von Anfang an begleitet. Ein zentrales Anliegen war die Einbeziehung der **Perspektive der Nutzer\_innen**, deren Ansprüche an Wohn- und Freiräume sowie an das Wohnumfeld sich unter anderem nach Geschlecht, Alter und Lebensphase sowie kulturellem Hintergrund ausdifferenzieren. Diese Bandbreite ist in einer so vielfältigen Stadt wie Berlin bei jedem Verfahren zu berücksichtigen. Für das Verfahren „Urban living“ bedeutete dies, einerseits **hybride und offene Wohnangebote** zu entwickeln, um in den Quartieren eine sozialräumliche und funktionale Durchmischung zu ermöglichen. Andererseits sollen **Wohnräume für unterschiedliche soziale Gruppen, Lebensformen und kulturelle Identitäten** geschaffen werden, die soziale Nähe und lokale Identität erleichtern. Die Teilnehmer\_innen der Ideenkonkurrenz „Urban Living“ waren aufgefordert, sich in ihren Beiträgen mit der Frage nach Nutzer\_innen-Gruppen und nachbarschaftlichem Zusammenleben explizit auseinanderzusetzen. Neben der Konzeptentwicklung zu Wohn- und Freiräumen wurde angeregt, Ideen zu nachbarschaftlichen Unterstützungsdienstleistungen und -infrastrukturen zu entwickeln.

Ein Überblick über die für das Abschlusskolloquium eingereichten Entwürfe zeigt, dass viele, wenn auch nicht alle beteiligten Büros diese Anliegen in ihren Entwürfen berücksichtigt und sich mit der Frage auseinandergesetzt haben, wer die neuen Räume auf welche Art und Weise nutzen soll. Zwar gab es durchaus auch eher traditionell orientierte Entwürfe, die die heute vorherrschende räumliche Trennung von Erwerbs- und Familienarbeit sowie von Öffentlichkeit und Privatheit nicht in Frage stellten. Viele Büros nahmen jedoch die Gelegenheit wahr, über neue und zukunftsfähige Formen des Wohnens nachzudenken, und entwarfen Räume für hybride Wohnformen und gemeinschaftliches Zusammenleben jenseits der traditionellen Haushaltstypen. Auch wenn sich viele Vorschläge in der Praxis erst bewähren müssen, sind Überlegungen zu **flexiblen Wohnungsmodulen und Grundrissen**, zu auf neue Weise gestalteten **Gemeinschafts- und Begegnungsräumen** (sowohl im Gebäude als auch im Freiraum) sowie zu Räumen für **Co-Working und -Living** inspirierend für einen zeitgemäßen Wohnungsbau.

Einige Entwürfe zeichnen sich besonders durch Vorschläge für die Partizipation der (alten und neuen) Mieter\_innen aus. Dies gilt **erstens** für die bauliche Dimension: Vorschläge für modulare Baukasten-Systeme erlaubten eine hohe Flexibilität bei der Raumnutzung ebenso wie zum Teil einen individuell gestaltbaren Selbstausbau, durch den Kosten gespart werden können. **Zweitens** wurden Ideen entwickelt, wie die Mieter\_innen des Bestands an der Weiterentwicklung und Nachverdichtung ihrer Quartiere im Laufe der Zeit beteiligt werden könnten. **Drittens** gehen einige Entwürfe darüber hinaus und schlagen neue Verfahren der Stadtproduktion – z. B. über Tauschwirtschaft und nachbarschaftliche Dienstleistungen – vor. **Viertens** wurden unterschiedliche Bauträgermodelle (z. B. Genossenschaften, Baugruppen) thematisiert.

Aus Sicht des Frauenbeirats sind folgende Fragen aus dem Verfahren in weiteren Diskussionen zu vertiefen:

- Welche **Wohnungsnachfrage** besteht eigentlich in Berlin? Die am Verfahren beteiligten Wohnungsunternehmen scheinen von einer eher traditionellen - Mieter\_innenschaft auszugehen; gerade in Berlin gibt es jedoch auch eine - Nachfrage nach stärker gemeinschaftsorientiertem – oder allgemeiner: -

„anderem“, auch hybridem – Wohnen. Welche Zielgruppen können und sollen durch die Wohnungsunternehmen, welche auf andere Art und Weise angesprochen werden? Wie schwer wiegt das Kostenkriterium für verschiedene soziale Gruppen im Verhältnis zu unterschiedlichen Wohnqualitäten (Größe, Ausstattung/Komfort, Außenräume, Wohnlage, ökologische Qualitäten, Privat-/ Gemeinschaftsräume...)? Wie viel Eigeninitiative kann eingefordert werden? Wie viel Mitgestaltung wird von den Nutzer\_innen überhaupt gewünscht, und von wem im Besonderen? Das in verschiedenen Entwürfen vorgeschlagene Arbeiten mit flexiblen Modulen erscheint auf den ersten Blick vielversprechend, um eine **Anpassungsfähigkeit** an eine veränderte Nachfrage zu ermöglichen.

- Wie lassen sich die in einigen Entwürfen neu definierten **Verhältnisse von innen/außen, Öffentlichkeit/Privatheit, individuellen/kollektiven Funktionen sowie Arbeiten/Wohnen** im sozialen Wohnungsbau und durch bezirkliche Wohnungsunternehmen umsetzen? In Genossenschaften, Baugruppen und gemeinschaftlichen Wohnprojekten zeigen sich Wohnbedürfnisse, die offenbar im herkömmlichen, am Kleinfamilienwohnen orientierten Wohnungsbestand bisher nicht gedeckt werden. Wie lassen sich Angebot und Nachfrage zusammenbringen, wo sind Grenzen?
- Wie viel Distanz ist nötig, wie viel Nähe ist möglich, um ein **sozial gemischtes Zusammenwohnen** zu befördern? Hierzu liefern einige Entwürfe Ideen auf Haus- und Blockebene. Welche besonderen Wohnbedürfnisse, z. B. von Eineltern- und Patchworkfamilien, werden möglicherweise in solchen Konzepten noch nicht genügend erfasst? Inwiefern kann eine gemischte Bauträgerschaft bei der Umsetzung hilfreich sein? Welche Funktionen können auch Freiräume bei der Vermittlung zwischen sozialen Gruppen übernehmen?
- (Wie) Lassen sich **do-it-yourself-Ansätze** im Mietwohnungsbau einbinden? Welche Zielgruppen gibt es dafür?
- Nicht zuletzt: Wo bieten sich Möglichkeiten, **neue Formen des „Stadt-machens“** jenseits herkömmlicher Planung zu erproben? Einige Entwürfe wagen sich an Visionen für einen Tauschhandel, viele betonen die Notwendigkeit partizipativer Prozesse mit Blick auf den Bestand, aber auch die neuen Bewohner\_innen. Wie und unter welchen Bedingungen lassen sich solche Ansätze verfolgen?

Diese Fragen lassen sich nicht allgemein beantworten, sondern müssen, wie die Entwürfe gezeigt haben, für den jeweiligen Einzelfall diskutiert und erprobt werden. Der pauschale Anspruch des Wohnungsbaus „für unterschiedliche Gruppen“ greift dann zu kurz, wenn diese Gruppen nicht benannt, sondern verallgemeinert werden und Vielfalt mit Beliebigkeit verwechselt wird. Berlin ist eine vielfältige Stadt. **Wo, wenn nicht hier können neue Wohnungsangebote erprobt werden?** Gender Mainstreaming kann helfen, die Nutzungsperspektive im Prozess zu fokussieren und die Vielfalt unterschiedlicher Anforderungen berücksichtigen. Der Frauenbeirat wird weitere Schritte in diese Richtung gerne begleiten.

27.02.2014

Für den Frauenbeirat



Dr. Anke Schröder, Sprecherin



Dr. Sandra Huning -